Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

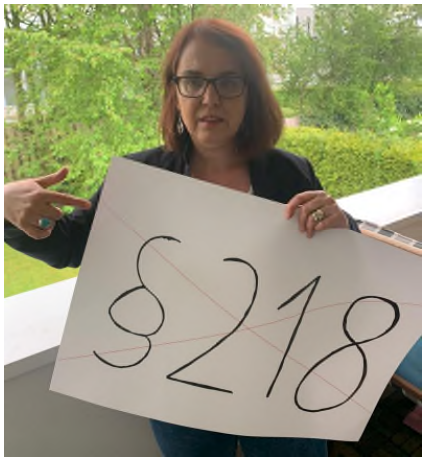
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

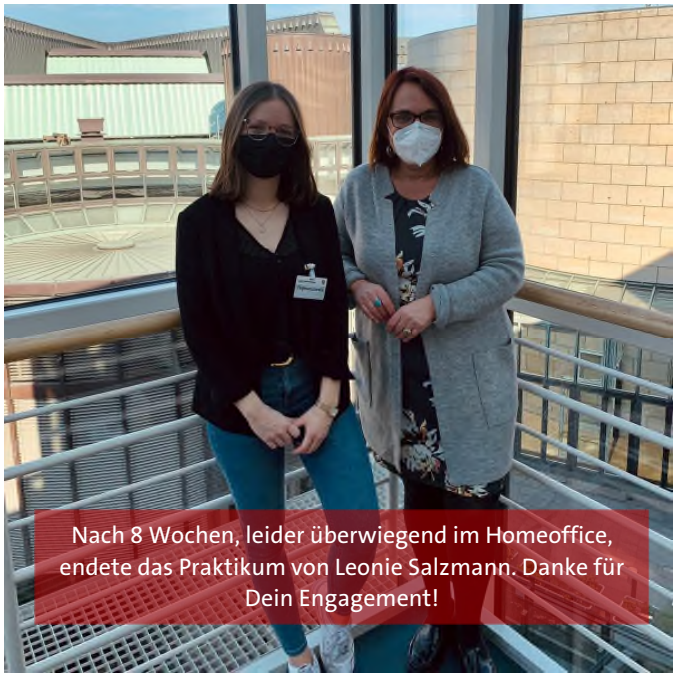
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

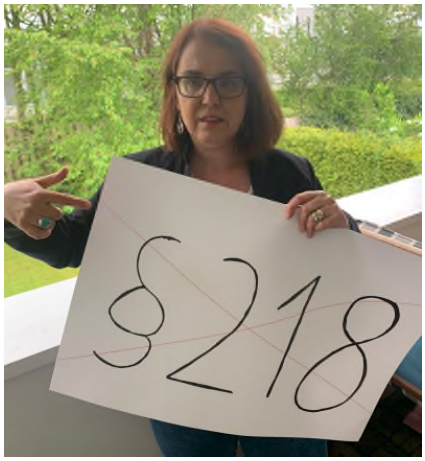
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

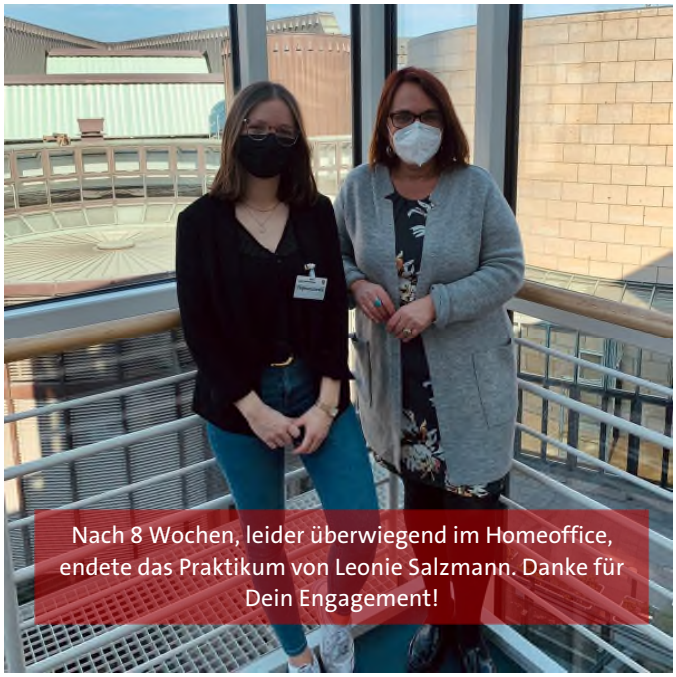
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

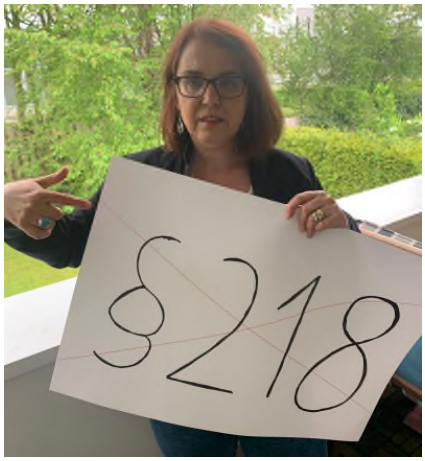
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

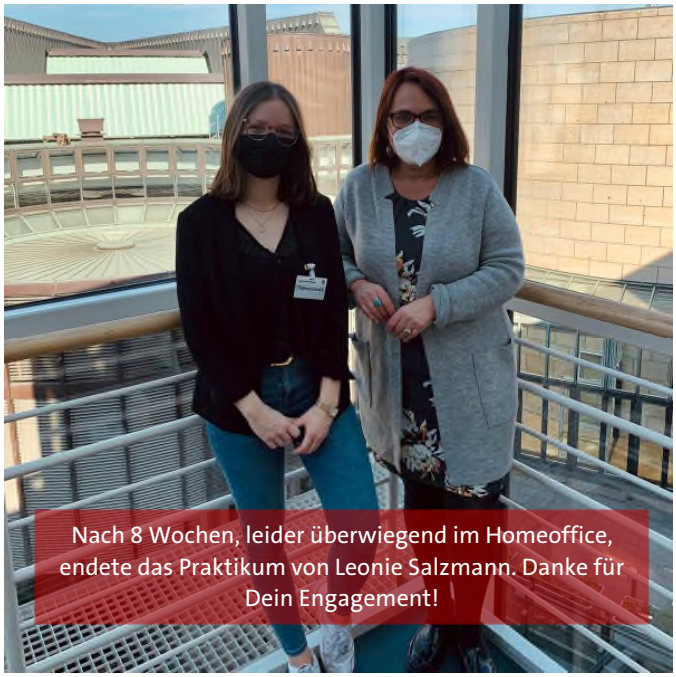
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

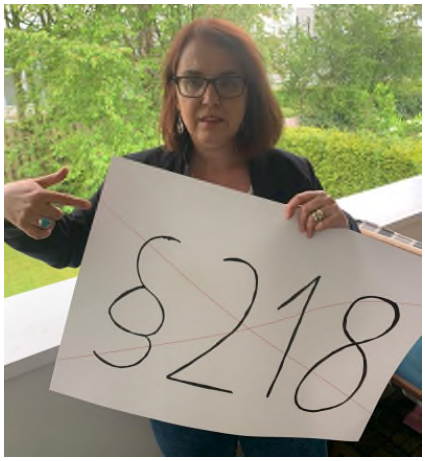
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

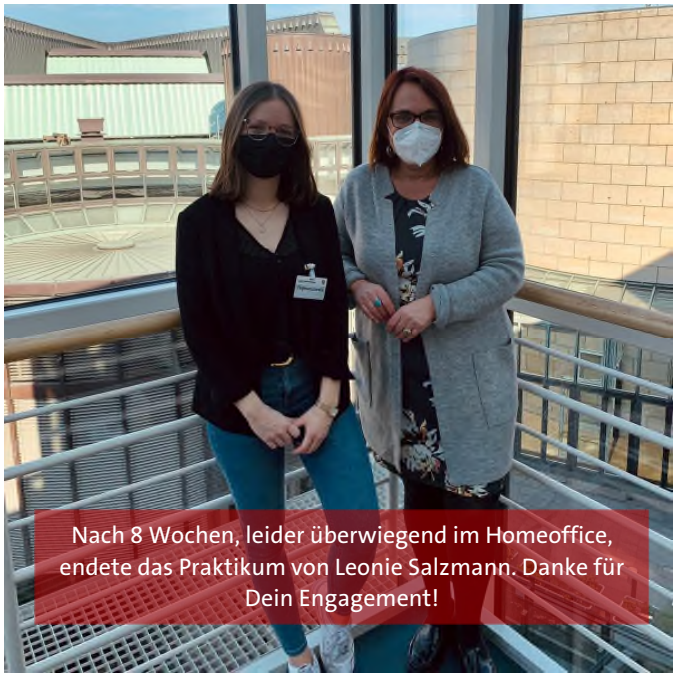
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

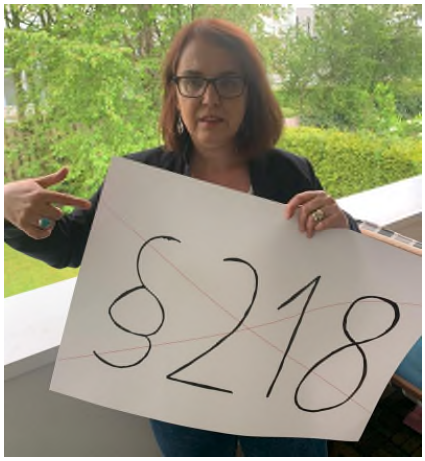
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

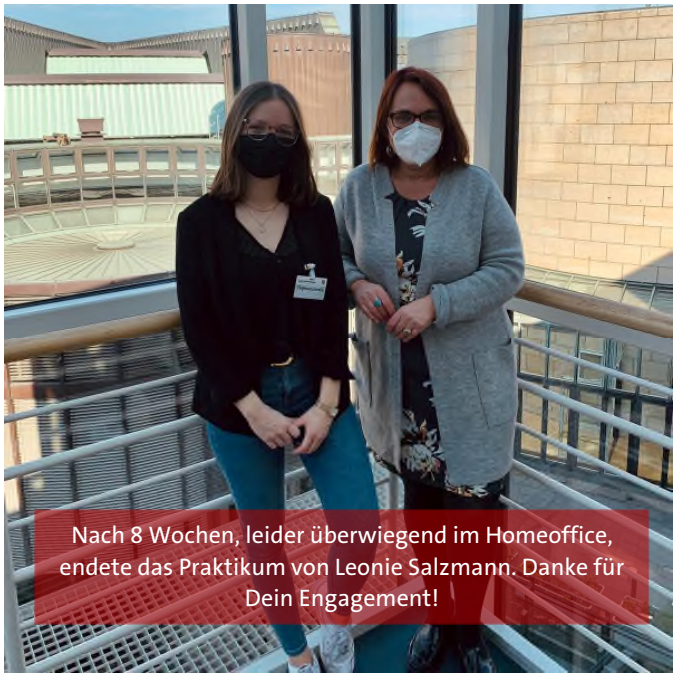
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

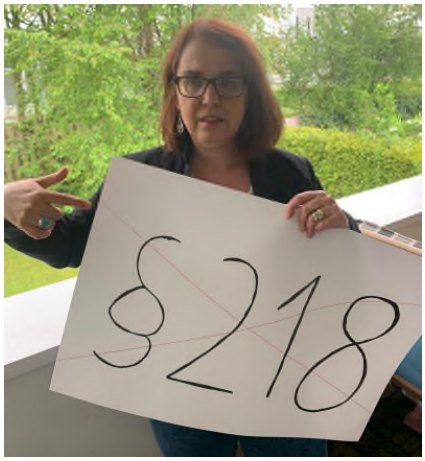
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

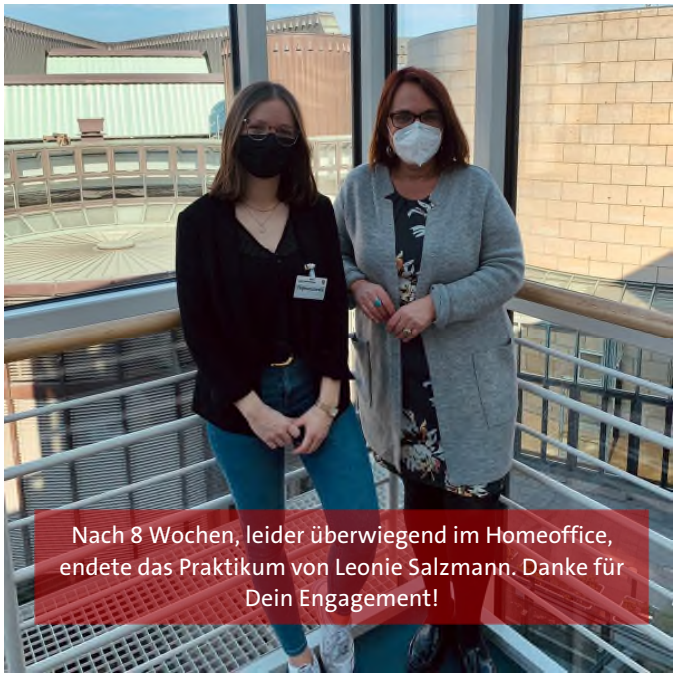
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

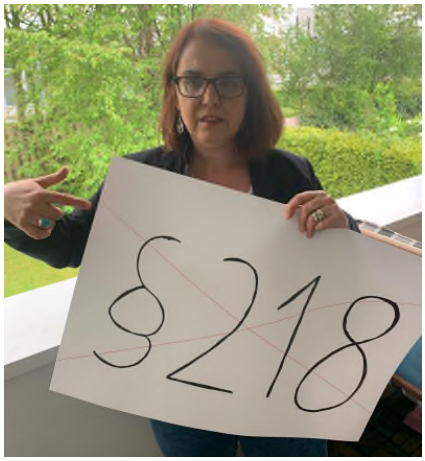
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

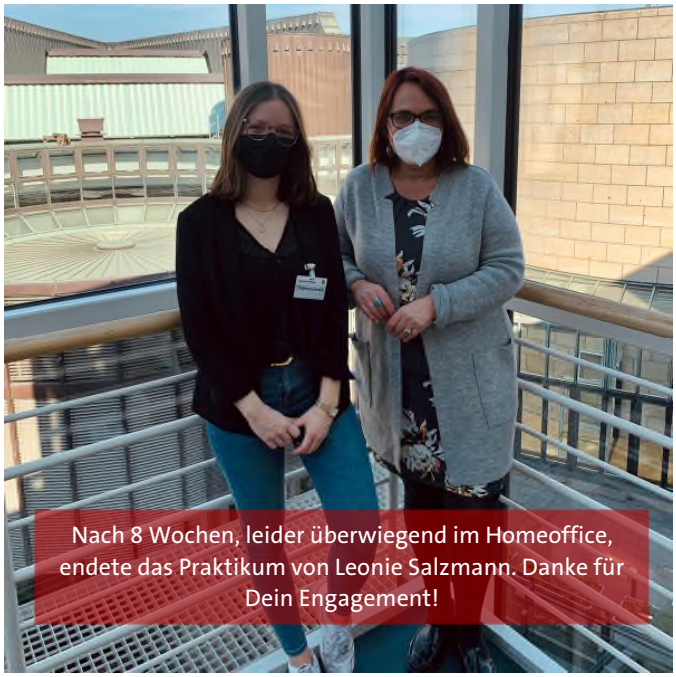
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

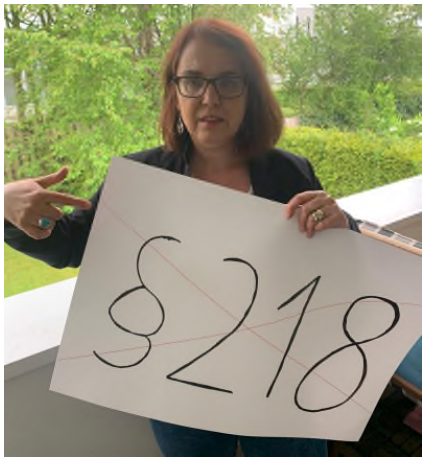
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

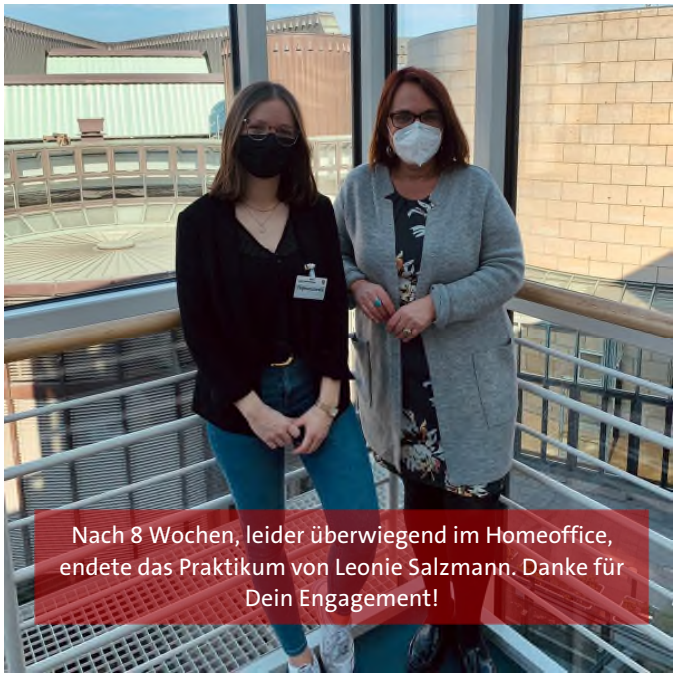
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

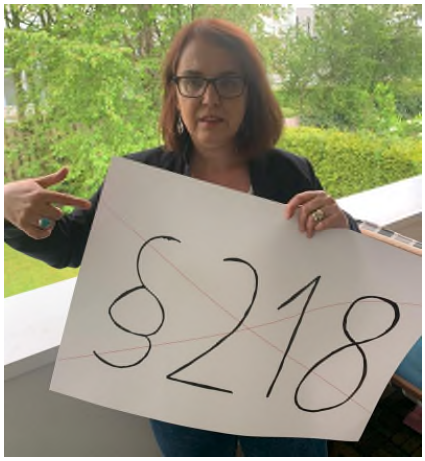
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

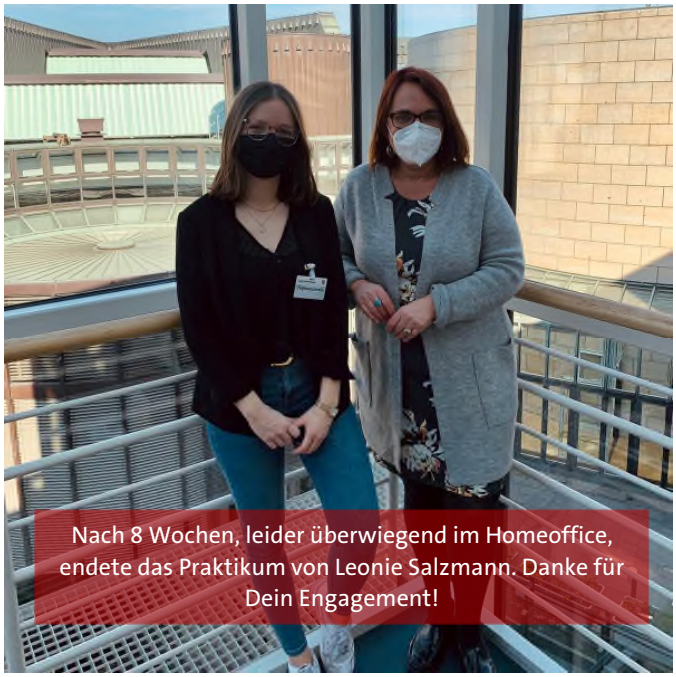
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

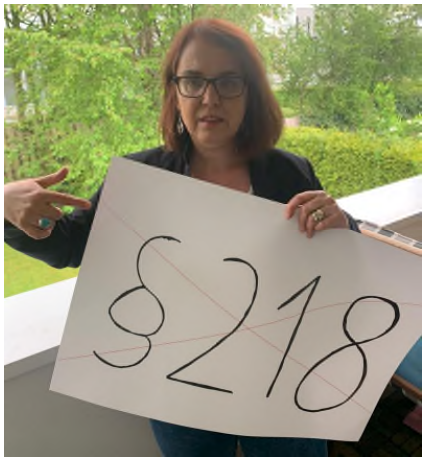
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

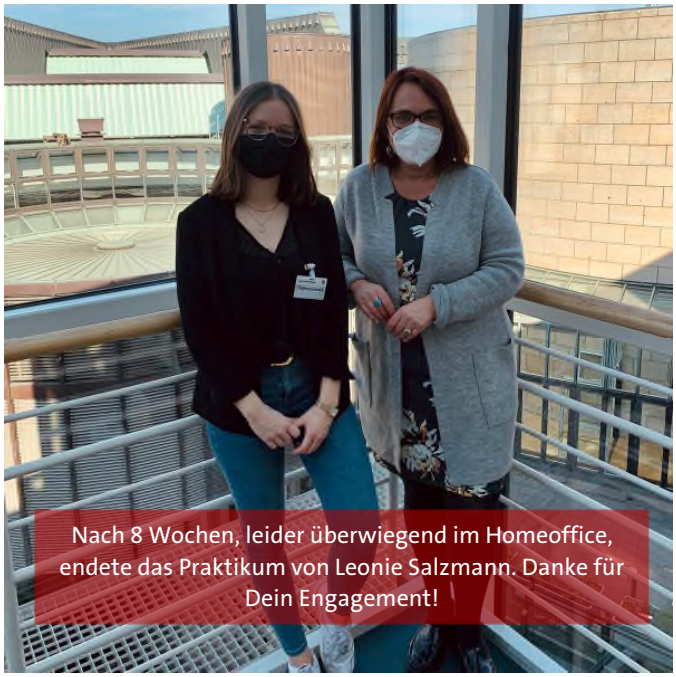
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

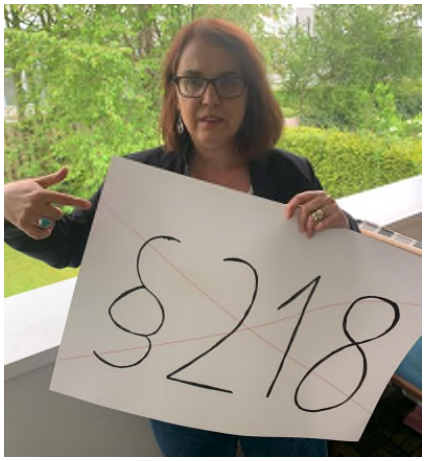
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

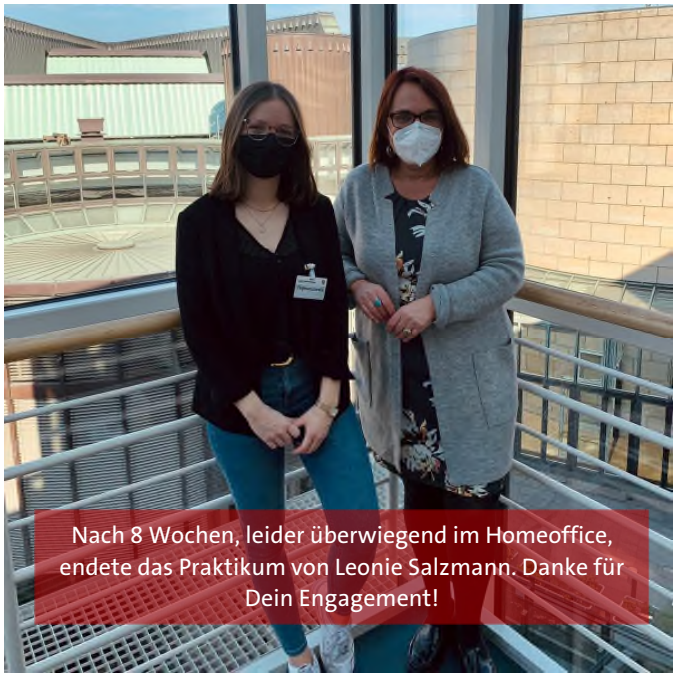
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

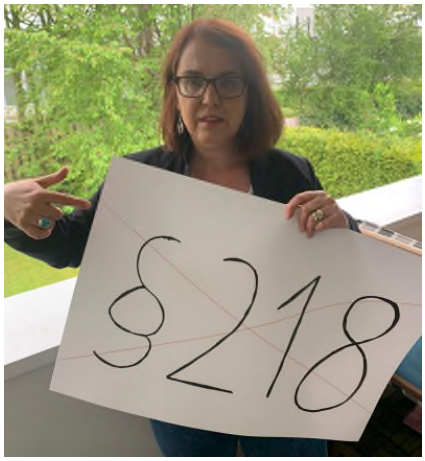
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

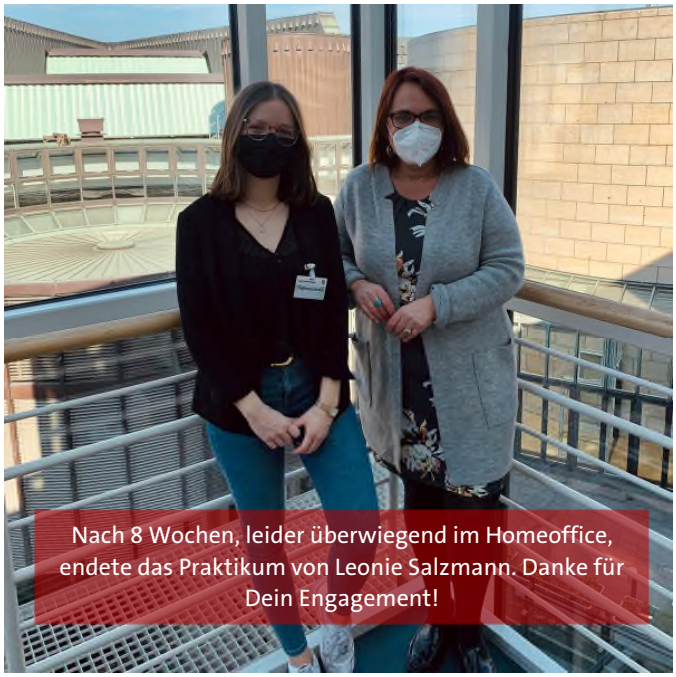
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

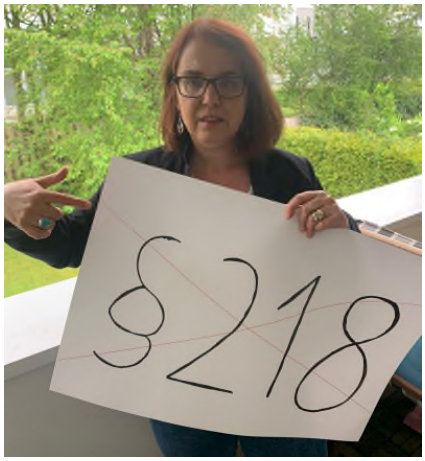
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

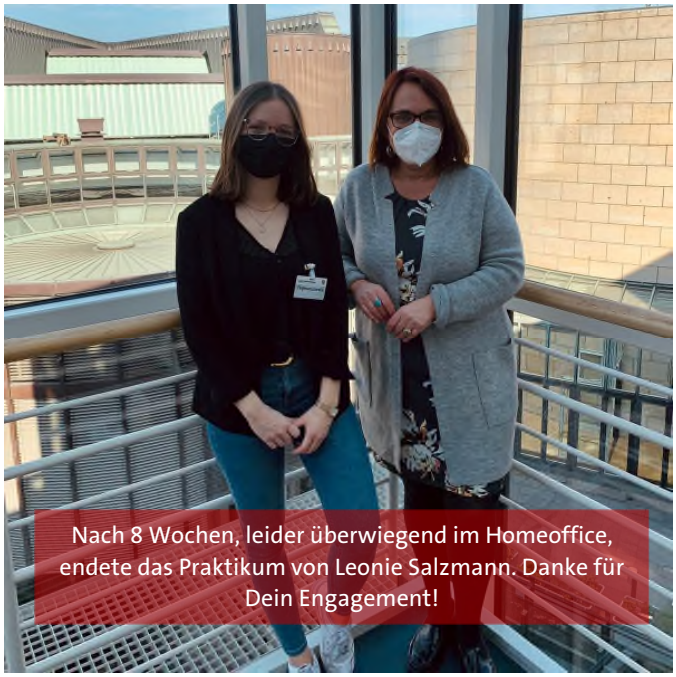
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

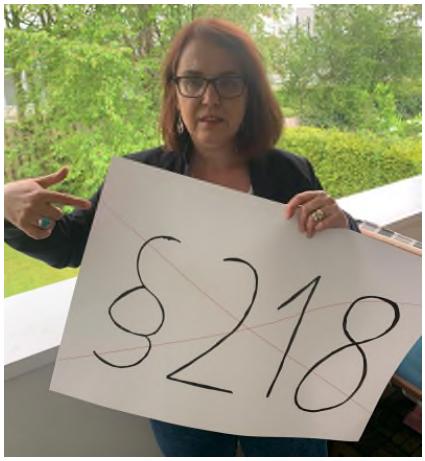
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

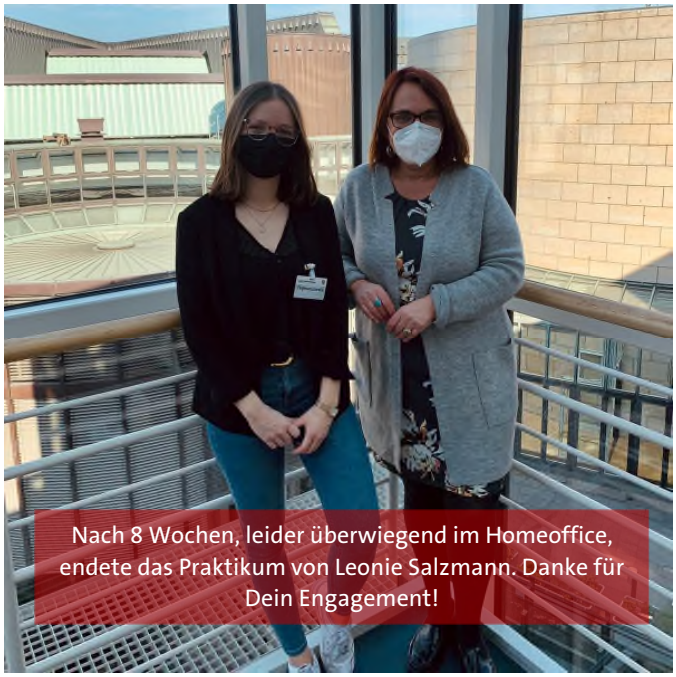
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

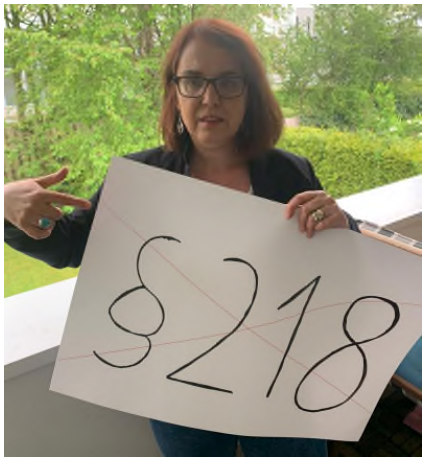
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

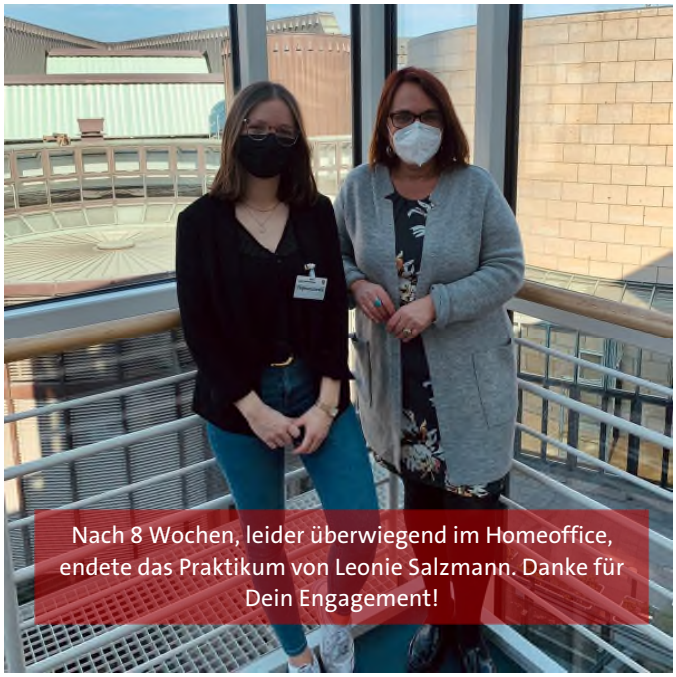
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

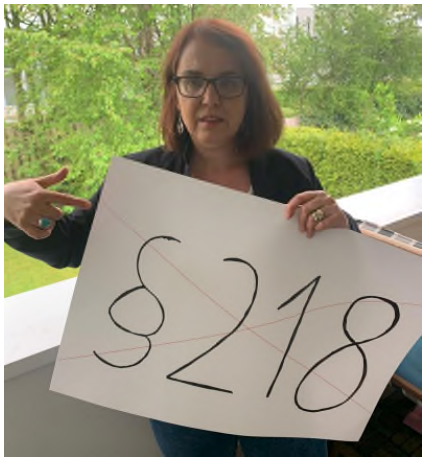
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

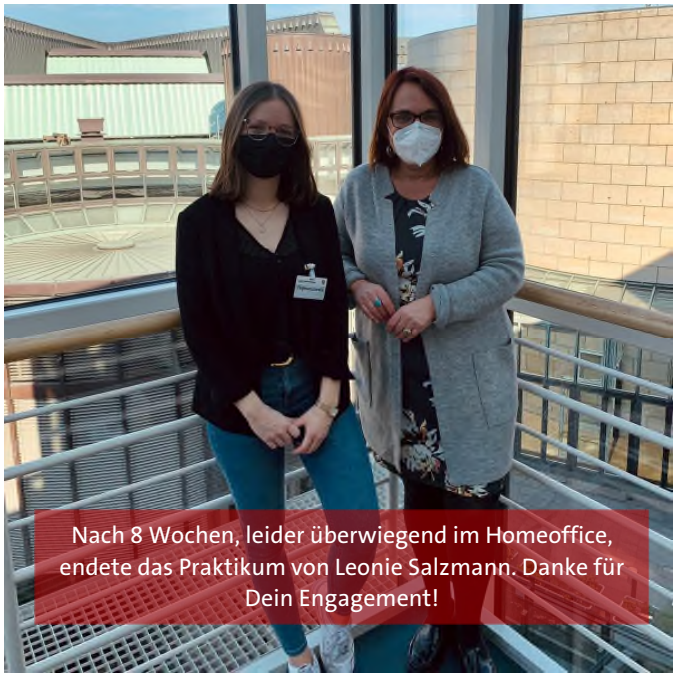
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

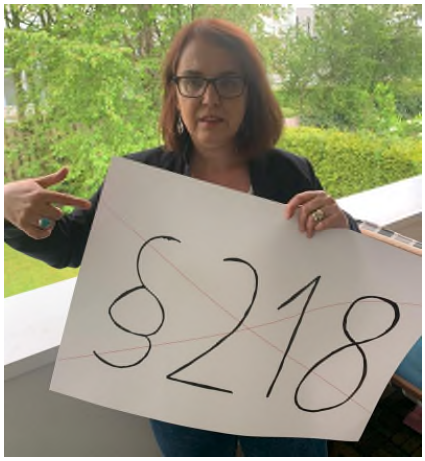
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

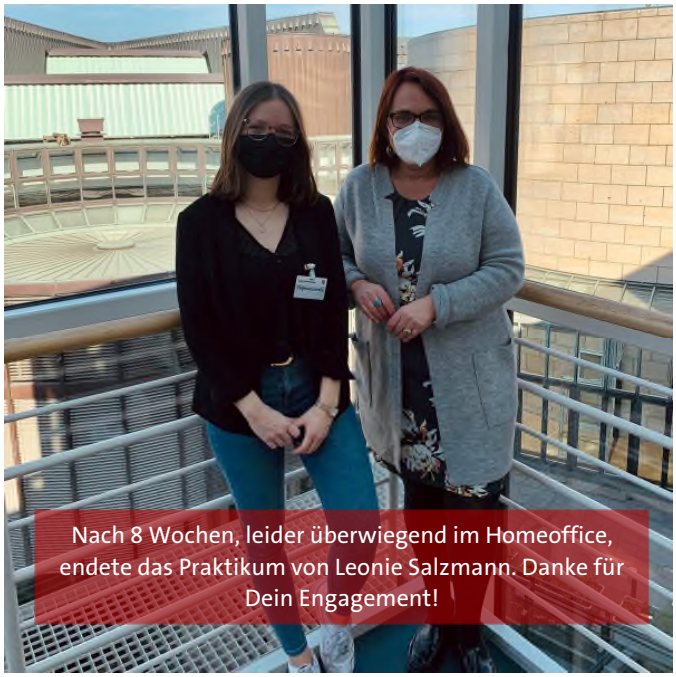
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

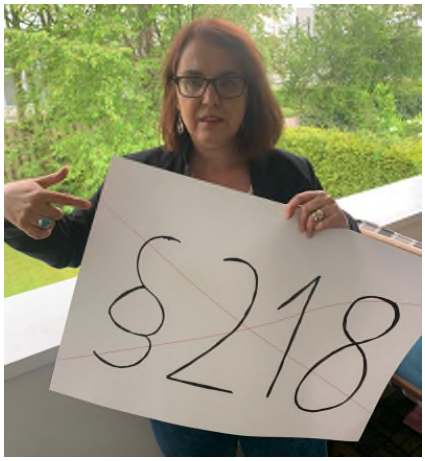
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

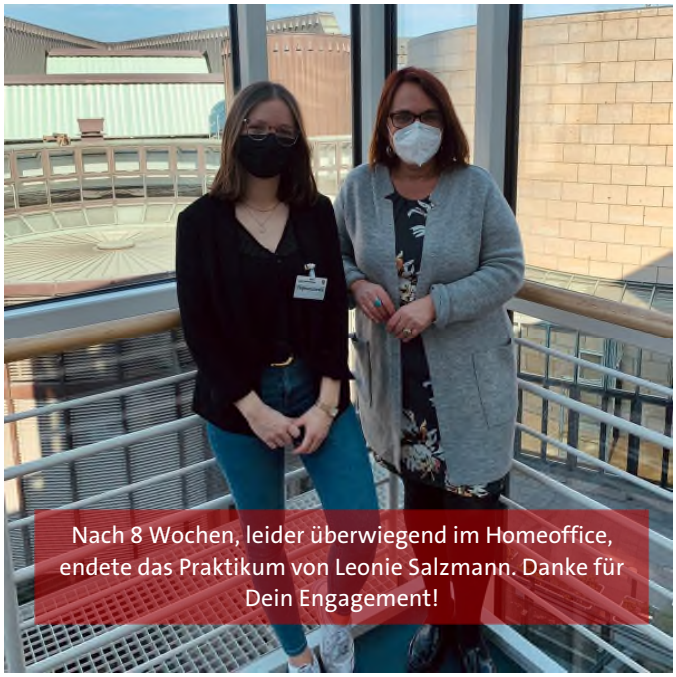
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

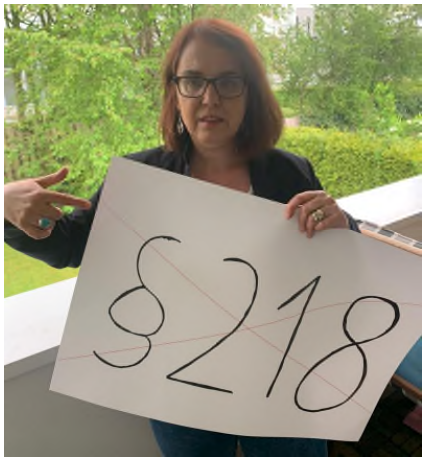
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

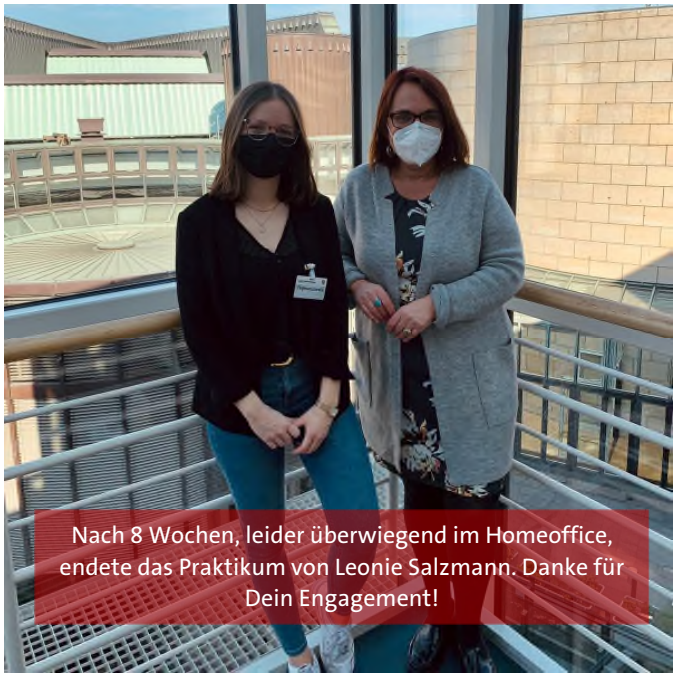
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

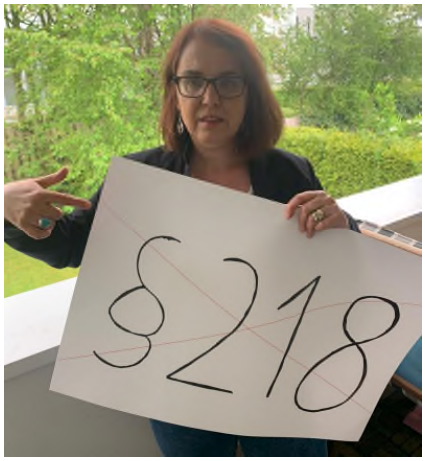
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

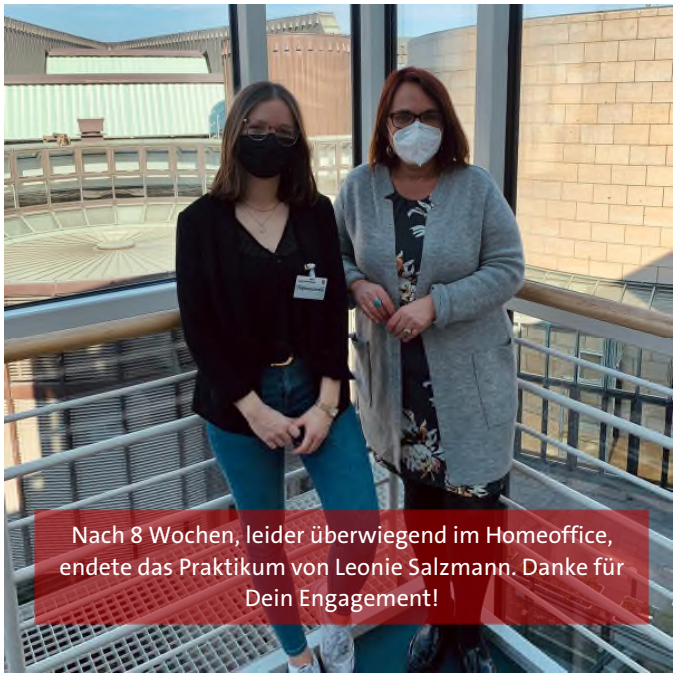
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

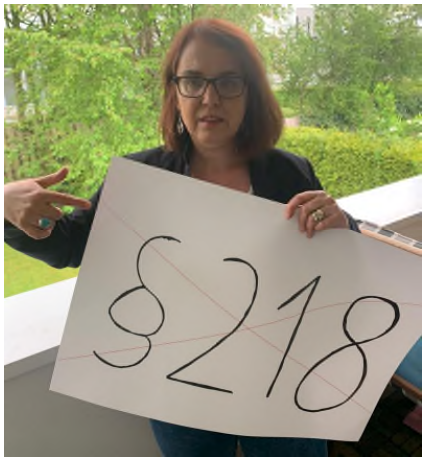
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

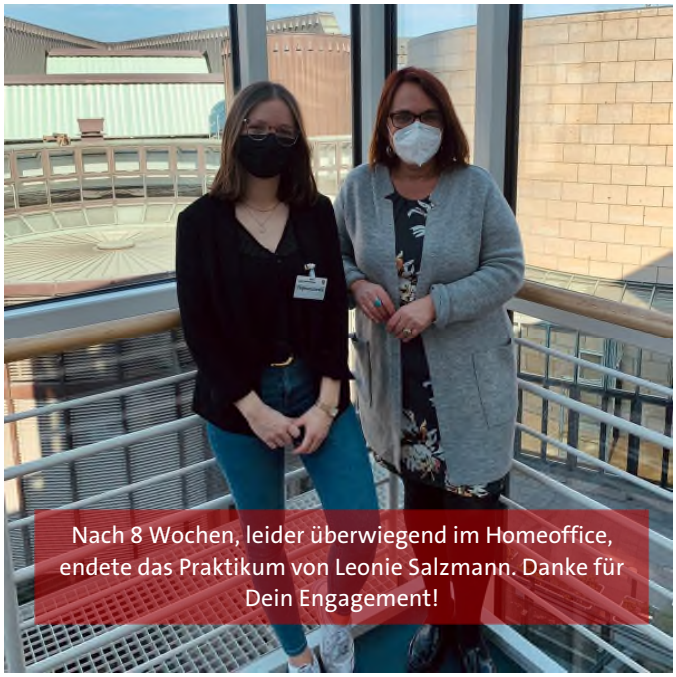
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

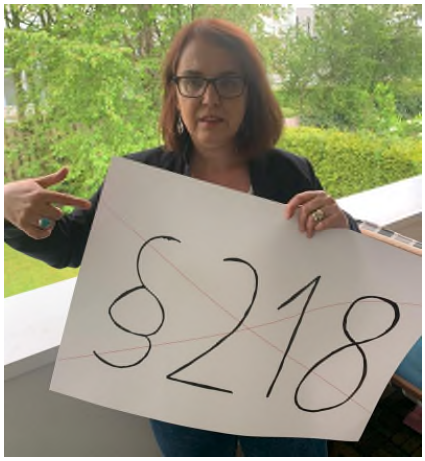
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

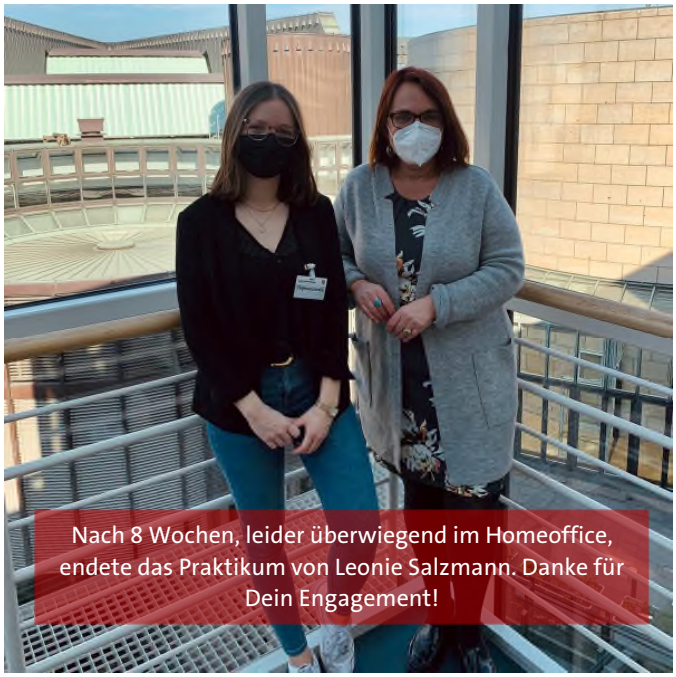
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

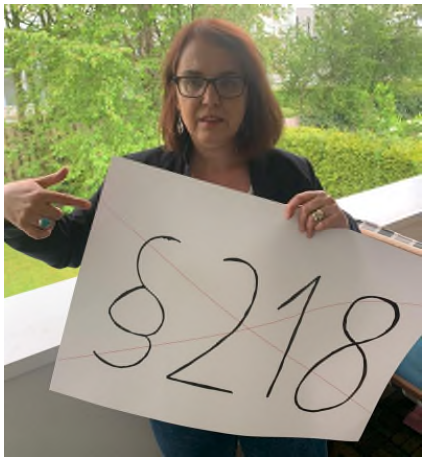
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

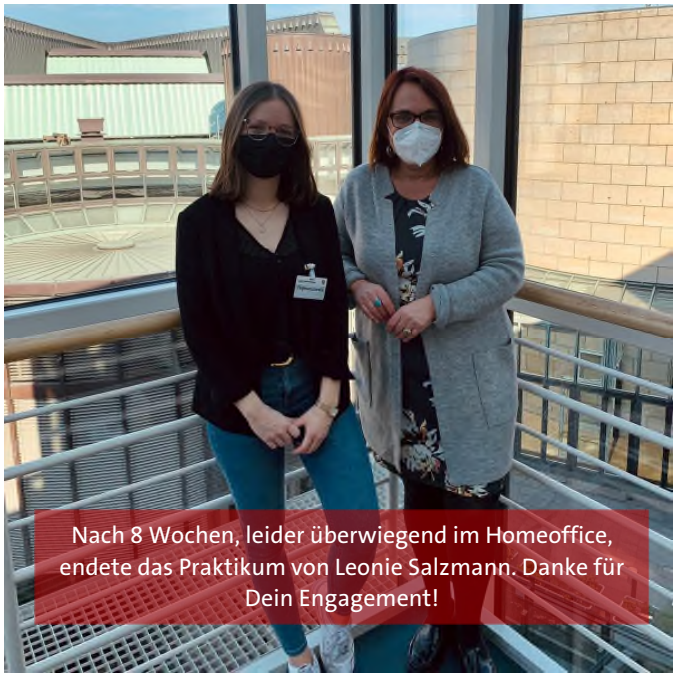
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

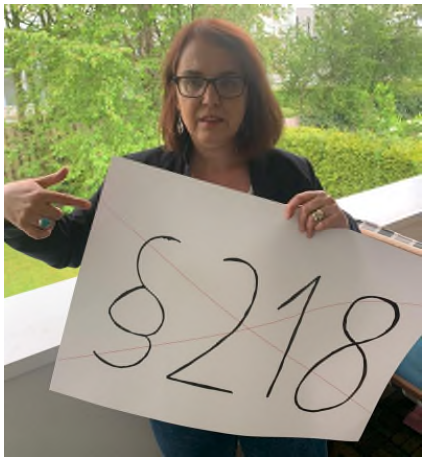
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

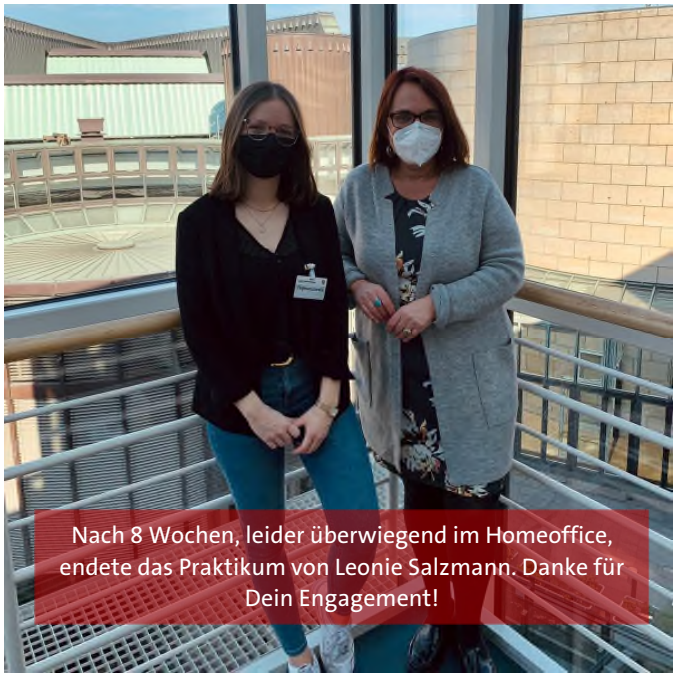
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?

Newsletter Juli 2021

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Opposition ist Mist“ – das Zitat von Franz Müntefering sagt sehr viel über die gegenwärtige Situation im Landtag, aber auch über meine eigene Stimmungslage aus. Die Zeit des Nichts-Tuns und der Chaos-Politik von CDU und FDP in NRW müssen endlich ein Ende haben.
Die SPD hat Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit. Wie gestalten wir eine soziale, digitale und ökologische Wirtschafts- und Arbeitswelt, mit der wir sowohl den Klimawandel ausbremsen als auch die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützen? Wie schaffen wir gerechte Bildungschancen für alle Kinder und wie entlasten wir Familien finanziell, vor allem aber auch zeitlich? Wie gestalten wir ein Gesundheits- und Pflegesystem, in dem Patient*innen und Mitarbeiter*innen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die wirtschaftlichen Interessen von Investor*innen? Und wie schaffen wir genügend bezahlbare Wohnungen für jeden Geldbeutel und einen starken Mieterschutz in NRW?
Auf diese Fragen hat die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen starke Antworten, die wir in den letzten Wochen über vier Leitanträge im Landtag thematisiert haben. Und die Debatte zeigte: Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Koalition haben gar kein Interesse, sich um diese Herausforderungen zu kümmern. Deshalb muss es im nächsten

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Jahr einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen geben. Und ich spüre immer mehr, dass es nicht nur mir so geht, sondern auch vielen anderen Menschen in unserem Land. Schwarz-Gelb hat ausgedient!

Mit Thomas Kutschaty haben wir einen Spitzenkandidaten, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hat. Einer, der den Menschen zuhört und ihre Interessen beim sozialen Neustart vertreten wird.

In Dortmund will ich mich für diesen Politikwechsel einsetzen. Ich werde erneut für die Landtagswahl am 15. Mai 2022 kandidieren und freue mich über 300-prozentige Unterstützung der SPD im Wahlkreis Dortmund IV. Die Vorstände der SPD-Stadtbezirke Lütgendortmund, Hombruch und Hörde haben mich jeweils einstimmig nominiert.

Gemeinsam werden wir all unsere Kräfte einsetzen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Wahlkreis holen und in Dortmund eine Mehrheit für die SPD einfahren. Das wird kein Selbstläufer. Jede Unterstützung wird im Wahlkampf gebraucht – auch Deine/Ihre! Aber es lohnt sich zu kämpfen – damit die Chaos-Politik in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende hat!

Zunächst müssen wir aber erst einmal dafür sorgen, dass Dortmund im Bundestag wieder eine starke Stimme hat. Deshalb unterstütze ich mit aller Kraft bis zum 26. September Sabine Poschmann und Jens Peick und bitte Dich/Sie das ebenfalls zu tun!

Nun heißt es aber erst einmal kurz abschalten. Ich wünsche Dir/Ihnen einen schönen Sommer und natürlich eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen

Der SPD wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgehalten, sie würde nicht mehr für das stehen, was sie einmal groß gemacht hatte. Die Interessen der Menschen ständen bei ihr nicht mehr im Vordergrund und sie hätte keine Vision für die Zukunft. Das ist bei uns angekommen und deshalb haben wir uns in den letzten Jahren die Zeit dafür genommen, um in Bund und Land wieder zu unseren Werten zurückzufinden und ein Programm zu entwickeln, in dem wir für die Herausforderungen der Zukunft Antworten liefern. Wir wollen die SPD wieder zu alter Stärke führen und sie wieder zur führenden progressiven Zukunftspartei machen. Welcher Partei außer der SPD sollte dies auch gelingen?

Wir kämpfen für den sozialen Neustart in unserem Land. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Wochen die Positionen aus unserem Programmprozess in landespolitische Maßnahmen übersetzt. Heraus kamen vier Leitanträge, die wir in den letzten zwei Monaten in den Landtag eingebracht haben und zur Zeit in den Ausschüssen beraten. Dabei geht es um Folgendes:

Die Gute Arbeit von morgen

Klimawandel und Digitalisierung werden die Wirtschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahre verändern. Arbeitnehmer*innen dürfen dabei nicht die Verlierer*innen sein. Die Klimawende ist möglich. Diese schaffen wir aber nicht allein durch Verbote, sondern durch kluge Investitionen in den sozial-ökologischen Fortschritt in NRW.

Wir setzen uns deshalb für eine Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ ein. Mit 30 Milliarden Euro wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle klimaneutral und digital umstellen wollen. Die Erfahrungen aus dem Bottroper Projekt „Innovation City Ruhr“, durch das die CO_2-Emissionen in elf Jahren durch viele kleine, vernetzte Investitionen und Fördermaßnahmen stadtweit halbiert werden konnten, sollen auf das ganze Land übertragen werden.

Prekären Arbeitsbedingungen sagen wir den Kampf an. Mit der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ werden wir die Gründung von Betriebsräten fördern und 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen – Zustände wie in der Fleischindustrie werden wir nicht tolerieren. NRW muss wieder das Mitbestimmungsland Nummer 1 werden, mit starken Betriebsrät*innen in allen Betrieben.

Über die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ werden wir die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wieder gerade rücken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel soll zukünftig nur an Unternehmen erfolgen, die einen Betriebsrat besitzen und an einen Tarifvertrag gebunden sind. Wir setzen uns für allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen und die Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro ein.

Antrag „Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“: bit.ly/3jEfbzd
Video #DieGuteArbeitVonMorgen: bit.ly/366KdYI
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz "Die gute Arbeit von morgen" am 8. Juni 2021: youtu.be/UvdpBpYJ_vM

Eine Bildungs- und Familienoffensive für NRW

Jedes Kind hat die besten Chancen für sein Leben verdient. Gerade während der Corona-Krise haben sich die Bildungschancen von Kindern aber verschlechtert. Familien gehören zu den Gruppen, die die Belastungen der Corona-Krise am stärksten zu spüren bekamen. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine Familien- und Bildungsoffensive.
Wir halten nach wie vor an unserem Ziel eines vorbeugenden und vorausschauenden Bildungssystems aus einem dichten Netz aus individuellen Förderangeboten und sozialen Präventionsketten fest. Das gibt es nicht umsonst.
Mit dem Zukunftsprogramm „Chancengleichheit“ wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Das erfolgreiche Modell der Familienzentren, in denen Eltern sich über Unterstützung bei Bildung und Erziehung informieren können, werden wir von den Kitas auf die Grundschulen ausweiten. Bildungslots*innen sollen Familien und Kinder auf dem gesamten Bildungsweg be-

gleiten. Mit einem einrichtungsscharfen Sozialindex werden wir personelle und finanzielle Ressourcen gezielter verteilen und damit Schulen und Kitas in Stadtteilen mit einer hohen Armutsquote und -gefährdung stärken. Außerdem wollen wir mehr Personal in den Kitas und die Zahl der Plätze ausbauen.
Die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ soll prekäre Beschäftigung im Bildungs- und Erziehungsbereich verhindern und gerade im Lehramtsbereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit

schaffen, egal ob an der Grundschule oder dem Gymnasium und egal ob verbeamtet oder angestellt. Die Ausbildung zur Erzieher*in und Kinderpfleger*in soll zukünftig vergütet werden.
Wir wollen mit einem weiteren Zukunftsprogramm dafür sorgen, dass Familien mehr Geld in der Tasche haben. Dafür müssen alle Bildungsangebote, einschließlich der Offenen Ganztagsschule (OGS), alle Lehrmittel, einschließlich digitaler Endgeräte, und auch das Mittagessen an Schulen gebühren- und kostenfrei sein. Mit einem Zukunftsprogramm „Mehr Zeit für Familie wagen" wollen wir Familien zudem zeitlich entlasten, z.B. durch bessere Familienarbeitszeitmodelle, die Förderung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen oder das Recht auf Homeoffice. Und natürlich durch den Ausbau der Kita-Plätze (mit flexibleren Betreuungszeiten) und der OGS.

Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!": bit.ly/3ht1LDN
Video #ZusammenWachsen: bit.ly/3692vbP
Aufzeichnung der Zukunftskonferenz #ZusammenWachsen, am 14. Juni 2021 im Landtag NRW: youtu.be/MQWHJxIPGd4

Für einen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Corona-Pandemie hat es jeder Bürgerin und jedem Bürger vor Augen geführt: Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist nicht Gewinnmaximierung, sondern eine gesunde Bevölkerung. Patienten sind keine „Fallpauschalen", sondern Menschen. Nicht permanent genutzte Aufnahmevermögen sind keine „Überkapazitäten", sondern Sicherheitsreserven. Gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht nur ein Kostenfaktor. Sie sind zu allererst ein Qualitätsmerkmal.

Und deshalb setzen wir uns für eine Offensive für „Respekt und gute Arbeit" im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Gerade der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Der Personalbedarf muss neu bewertet werden – und zwar realistisch. Damit Pflegekräfte nicht nach wenigen Jahren ausgebrannt diesen so wichtigen Berufszweig verlassen. Aber auch in den anderen Gesundheitsberufen wollen wir die massive Arbeitsbelastung reduzieren.

Die Krankenhausplanung in NRW werden wir auf den Prüfstand stellen. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir beenden. Außerdem darf es keinen weiteren Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Jede*r muss die Möglichkeit haben, ohne weite Wege ein Krankenhaus erreichen zu können.
Wir werden 3 Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm „Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich“ einplanen und Kommunen, die ihre privatisierten Krankenhäuser wieder rekommunalisieren wollen, unterstützen.

Antrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen. Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“: bit.ly/3xqMg5K
Video #MenschImMittelpunkt: bit.ly/3hdk40Q

Gute und bezahlbare Wohnungen für alle Menschen

Drei Zimmer, Küche, Diele, Bad – Selbstverständlichkeiten dürfen kein Wunschtraum sein. Doch leider wird eine neue Wohnung immer mehr zum Luxus. Es gibt immer weniger Wohnraum, den Normalverdiener*innen bezahlen können. Die drastisch steigenden Mieten fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.
Deshalb wollen wir die öffentliche Wohnraumförderung neu ausrichten und ausbauen, um mehr mietpreisgebundenen Wohnraum zu schaffen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften werden wir dabei verstärkt fördern. Den Mieterschutz in NRW werden wir wieder stärken.

Um Bodenpreisspekulationen zu verhindern, werden wir eine Grundsteuer C einführen und die Grunderwerbssteuer für die Errichtung mietpreisgebundener Wohnungen und des erstmaligen Erwerbs von Wohneigentum von Familien mit Kindern kompensieren.

Mit der Offensive „Gut und sicher Leben Zuhause“ werden wir soziale und ökologisch nachhaltige Stadtquartiere der kurzen Wege schaffen, in denen es vernetzte soziale Angebote und Begleitung gibt und in denen die Interessen von mobilitätseingeschränkten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Antrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik. Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“: bit.ly/3xdJTn3
Video #MietenRunter: bit.ly/3jBdlz8

Wir brauchen ein Versammlungsfreiheitsgesetz und kein Versammlungsverhinderungsgesetz

Für mich ist ganz klar, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit ein Grundpfeiler unserer Demokratie und unserer Verfassung ist! Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht nun, mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz massiv in das freie Demonstrationsrecht und damit in die Grundrechte der Bürger*innen einzugreifen. Die verschärften Regeln würden auch ein flexibles und deeskalierendes Handeln der Polizei verhindern. Und das ist eine Katastrophe!

Denn wozu das führen kann, mussten wir am 26. Juni in Düsseldorf erleben:
Circa 8.000 Menschen demonstrierten gegen das geplante Versammlungsgesetz der Landesregierung. Dabei soll die Polizei Medienberichten zufolge mit übertriebener Härte gegen die Teilnehmenden und auch gegen Journalist*innen vorgegangen sein.
Ein solcher Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit ist untragbar und erfordert eine lückenlose Aufklärung. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Für ein vielfältiges und liberales Land wie NRW ist eine derartige Grundrechtseinschränkung untragbar!

Was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann?

103 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts haben wir es bei Weitem nicht geschafft, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in den Parlamenten herzustellen. Das ist beschämend! Dennoch wurde unser Entwurf für ein Paritätsgesetz für den Landtag von CDU und FDP abgelehnt. Dabei zeigte die Anhörung zum Gesetzentwurf und ein Urteil des Bundesverfassungsgericht über eine Wahlbeschwerde zur Bundestagswahl, dass ein Paritätsgesetz durchaus verfassungsrechtlich möglich sein kann.
Kritiker*innen des Paritätsgesetzes sagen, dass es ein Recht der Parteien sei, selbst darüber zu bestimmen, wer für sie bei einer Wahl antritt. Aber dürfen wir uns das so einfach machen? Dürfen wir die Parteien so einfach aus der Pflicht nehmen?

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben: Artikel 3, Absatz 2. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass dies unmittelbar geltendes Recht ist. Und damit ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur formale Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, sondern auch Nachteile von Frauen zu beseitigen – also materielle Gleichberechtigung herzustellen. Denn, was hilft mir die Freiheit, wenn ich sie gar nicht nutzen kann? – übrigens ein Zitat der CDU-Politikerin Rita Süßmuth, die sich in der Anhörung für unser Paritätsgesetz eingesetzt hat. Deshalb brauchen wir rechtlich verbindliche Regelungen, um die Teilhabe an politischen Entscheidungen gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Die Quotenregelungen in einigen Parteien zeigen, dass eine paritätische Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten möglich ist und innerhalb der Parteien und der Gesellschaft Akzeptanz findet. Zumindest hat das keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse gehabt. Die existierenden Quotenregelungen zeigen auch, dass sich eine solche Regelung auf die Zusammensetzung der Parlamente positiv auswirkt. Erst diesen Regelungen haben wir es zu verdanken, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt zu einem Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten kam. Dieser Trend ist aber kein Selbstläufer.

Es kann auch wieder in die andere Richtung gehen, z.B. durch Veränderungen in der Parteienlandschaft. Im aktuellen Landtag ist durch den Einzug der AfD jedenfalls der Frauenanteil wieder zurückgegangen. Wollen wir solche Rückschritte?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Wahlprüfung der Bundestagswahl 2017 sehr deutlich gemacht, dass das Verfassungsgut der Gleichstellung gleichrangig zu den Verfassungsgütern Wahlfreiheit und Parteienfreiheit steht. Paritätsgesetze können also durchaus verfassungskonform sein, sofern zwischen den betroffenen Verfassungsgütern ein Ausgleich hergestellt wird. Das Ergebnis kann aber nicht heißen, dass der Artikel 3, Absatz 2 völlig negiert wird, weil man die Wahl- und Parteienfreiheit selbst für kleinste Eingriffe unantastbar macht. Angesichts der enormen Ungleichheit in unserem politischen System wäre unser Paritätsgesetz ein verhältnismäßig harmloser Eingriff in die Wahl- und Parteienfreiheit.

Man darf sich auch nicht von den Urteilen in Thüringen und Brandenburg bremsen lassen. Meines Wissens haben wir in Nordrhein-Westfalen immer noch eine eigene Verfassung und ein eigenes Verfassungsgericht. Vor allem aber ein eigenes Parlament, das die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bundesland besitzt.

Ich stelle aber fest, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landtag nicht den politischen Willen besitzt, etwas zu verändern. Es gibt scheinbar kein Interesse, dass mehr Frauen in diesem Parlament den politischen Willen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Leider spricht das aber niemand so ehrlich aus, sondern versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken, über die am Ende aber auch nur ein Verfassungsgericht urteilen kann.

Wir lassen uns jedenfalls nicht entmutigen und werden in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative für eine paritätische Besetzung von Männern und Frauen im Landtag starten.

Corona - Schaffen die Frauen die Krise? Schafft die Krise die Frauen?

Ganz klar, die Corona-Krise ist für uns alle eine große Belastung – doch die Auswirkungen der Pandemie treffen Frauen in einem stärkeren Maße als Männer. Denn es sind vor allem Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die bei Kita- und Schulschließungen neben der Arbeit im Homeoffice die Kinderbetreuung übernehmen und die vom Anstieg der häuslichen Gewalt besonders betroffen sind.

Dortmund will diese Frauen gemeinsam unterstützen. Deshalb hat die AWO Dortmund am 26. Mai zusammen mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund und der AG Dortmunder Frauenverbände ein virtuelles Dortmunder Frauenforum organisiert, in dem wir uns mit vielen enga-

gierten Vertreter*innen von Dortmunder Organisationen ausgetauscht haben. Gemeinsam wollen wir Strategien und Angebote entwickeln, um die Situation von Frauen, die aufgrund der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind, zu verbessern.

Ein Themenschwerpunkt war dabei die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnsektor, der von der Krise besonders stark betroffen war, und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer. Zudem sind es überwiegend Frauen, die in systemrelevanten Berufen im Pflegesektor oder im Lebensmitteleinzelhandel tätig sind, und während der Pandemie bei kleinen Gehältern und ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen nun bis zum Umfallen arbeiten müssen. Wir brauchen endlich echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit - und das in Form von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Denn Klatschen alleine reicht nicht!

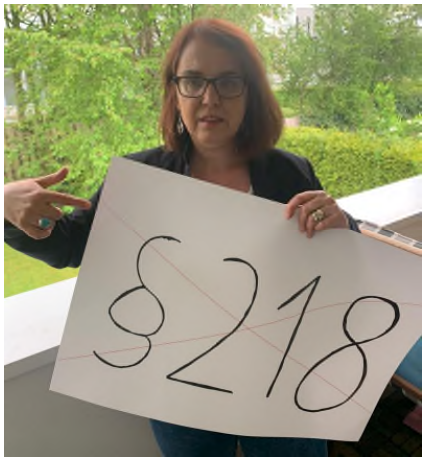
Zum anderen hat die Pandemie die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal deutlich gezeigt. Bei geschlossenen Kitas und Schulen waren es häufig die Mütter, die einer enormen Doppelbelastung durch Homeoffice und gleichzeitiger Kinderbetreuung bzw. Homeschooling ausgesetzt waren.

So wurden Frauen verstärkt zurück in das traditionelle Rollenbild, d.h. von der Erwerbstätigkeit zurück in die häusliche Betreuung und Pflege, gedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Care-Arbeit muss gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und Familien darüber hinaus durch externe Unterstützung weiter entlastet werden.

Ein weiteres Problem ist der Anstieg der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kindern während der Corona-Krise. Durch die beengte Wohnsituation, fehlende Sozialkontakte, drohende Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen hat sich die Situation deutlich verschärft. Wir müssen die Beratungsstellen und Frauenhäuser für solche Situationen mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, damit der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene auch während eines Lockdowns sichergestellt werden kann.
Der vierte Themenbereich war die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund. Gerade für sie gestaltet sich die Arbeitssuche häufig schwierig. Das hat sich durch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Folge von Corona noch verschlechtert. Dabei ist die Teilhabe an Arbeit in meinen Augen der wichtigste Faktor bei der Integration in unsere Gesellschaft.
Zu diesen vier Themenschwerpunkten haben wir ein gemeinsames Forderungspapier erstellt, mit dem wir uns an die zuständigen Stellen in Kommune, Land und Bund richten werden.
Denn eins ist klar: Wir Dortmunder*innen setzen uns gemeinsam dafür ein, die Situation von betroffenen Frauen zu verbessern – darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Die Tagungsdokumentation und das Positionspapier veröffentliche ich nach Fertigstellung auf www.anja-butschkau.de.

Paragraf 218 muss endlich raus aus dem Strafgesetzbuch!



Kaum zu glauben, dass ein Schwangerschaftsabbruch nun schon seit 150 Jahren nach §218 StGB in Deutschland strafbar ist. Damit wird Frauen seit 150 Jahren ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung verwehrt. Das ist untragbar! Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Ärzt*innen, die diese Eingriffe durchführen, muss endlich aufhören! 150 Jahre Widerstand sind genug!
Deshalb ist es genau richtig, dass die SPD die Abschaffung der Paragrafen 218 und 219 in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 aufgenommen hat.
Nur so können wir das Selbstbestimmungsrecht von Frauen anerkennen und stärken!

Zur Kampagne „Weg mit 218“: www.wegmit218.de

10 Jahre Istanbul-Konvention – kein Grund zum Ausruhen

Am 11. Mai hat die Istanbul-Konvention ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Übereinkommen des Europarats hat das Ziel, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch auch 10 Jahre nach der Verabschiedung des Abkommens sind wir noch lange nicht am Ziel! Nicht nur, dass die Türkei zum 1. Juli diesen Jahres aus der Istanbul Konvention ausgetreten ist und Polen

über einen Austritt nachdenkt. Nein, auch in Deutschland und NRW müssen die Maßnahmen noch konsequenter umgesetzt werden. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Frauenhilfeinfrastruktur für den Schutz vor häuslicher Gewalt ist.

Die Bekämpfung von Menschenhandel auf Landesebene stärken

Es gibt immer noch zu viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – auch bei uns in NRW! Die Dunkelziffer nimmt dabei deutlich zu, denn Prostitution verlagert sich immer mehr ins Internet und in private Wohnungen.
Durch diese veränderten Umstände wird es für Polizei, Hilfs- und Beratungsorganisationen schwieriger, Betroffene zu erreichen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht nur auf internationale Maßnahmen und solche des Bundes verlassen, sondern müssen als Land selbst aktiv werden. Die bestehenden Beratungsstellen müssen gestärkt und neue Strategien zur Bekämpfung von Menschenhandel als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt werden.

Meine Rede im Plenum: bit.ly/2Tv3K2j

Gleiches Recht für Eltern – Wir unterstützen die Initiative Pro Parents!

Ob bei der Vergütung, der Rückkehr aus der Elternzeit oder bei der Betreuung in Krankheitsfällen: Eltern werden in ihrem beruflichen Alltag leider häufig diskriminiert. Es kann nicht sein, dass Kinder zu beruflicher Benachteiligung der Eltern führen. Die Initiative Pro Parents hat daher im März dieses Jahres eine gemeinsame Petition mit den Zeitschriften BRIGITTE und ELTERN gestartet. In dieser fordern sie, das Merkmal der Elternschaft in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die SPD-Landtagsfraktion und ich persönlich unterstützen diese Forderung. Denn eins ist klar: Familien verdienen Respekt statt Diskriminierung. Und das gehört für mich gesetzlich verankert!

Petition „#ProParents, BRIGITTE und ELTERN fordern: Elternschaft als Diskriminierungsmerkmal ins AGG!“: bit.ly/3jCkxet

„Sind Tarifverträge eigentlich immer noch notwendig?“

Diese Frage bekomme ich als AfA-Landesvorsitzende häufig gestellt. Darauf antworte ich immer mit einem klaren und deutlichen „Ja!“. Tarifverträge sind eine der wichtigen sozialen Errungenschaften in unserer Gesellschaft, um eine gerechte Entlohnung zu erreichen. Darüber hinaus sind sie ein gegenseitiges Zeichen von Wertschätzung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitarbeiter*innen müssen selbstverständlich die Sicherheit haben, dass sie an der allgemeinen Lohnentwicklung ihres Unternehmens teilhaben. Davon profitieren sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter*innen.

Die Wirklichkeit sieht momentan leider anders aus, denn immer mehr Konzerne begehen Tarifflucht. Dass ausgerechnet mit der LEG Wohnen ein ehemals öffentliches Wohnungsunternehmens des Landes NRW mit seiner Tochtergesellschaft der TSP den eigenen Mitarbeiter*innen Tarifverträge vorenthält, ist einfach nur unanständig! Die Arbeitgeberseite lehnt darüber fadenscheinig Tarifverhandlungen ab, weil dadurch angeblich keine Mehrwerte für beide Seite geschaffen würden.
Ich stehe deshalb solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und appelliere an Vorstand und Geschäftsführung der LEG, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs abzulegen!

Wir brauchen eine Förderoffensive für unsere Jüngsten

Für viele Kinder und Jugendliche hat das Lernen unter Corona-Bedingungen gravierende Folgen. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, um diese Rückstände auszugleichen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, gerade auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.
Wir fordern eine Förderoffensive für alle Schüler*innen. Zwei freiwillige zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche sollen helfen, Lernrückstände aufzuholen. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden.
Dass die Landesregierung mit der Schulpolitik überfordert ist, zeigt sich aber nicht nur bei diesem Thema und dem großen Schul-Chaos der letzten Monate, sondern auch bei den Planungen für das nächste Schuljahr. Es gab genug Zeit, sich auf das neue Schuljahr vorzubereiten, um geregelten Unterricht wieder zu ermöglichen und um auf eine mögliche weitere Corona-Welle zügig reagieren zu können. Leider hat das Schulministerium bis zur letzten Schulwoche vor den Sommerferien immer noch keine klaren Regelungen für den Schulbetrieb nach den Ferien erstellt. Für die Schulleitungen heißt das erneut keine Planbarkeit und die Notwendigkeit zum kurzfristigen Aktionismus. Eltern und Schüler*innen haben keine Gewissheit, wie es nach den Ferien weitergeht. Und täglich grüßt das Murmeltier...

Deshalb haben wir in der letzten Plenarwoche vor den Ferien die Landesregierung vehement dazu aufgefordert, endlich eine Rahmenvorgabe für den Schulbetrieb im neuen Schuljahr vorzulegen.

Antrag „Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen“: bit.ly/2UmhVHa
Antrag „Die Landesregierung muss eine Rahmenvorgabe für das Schuljahr 2021/22 vorlegen, damit die Schülerinnen und Schüler einen guten Schulstart haben!“: bit.ly/2SN4pMi

Konsequent und entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen!

Wenn es jetzt wieder Angriffe auf jüdische Einrichtungen, wie in Düsseldorf, Münster, Solingen oder furchtbare antisemitische Sprechchöre wie vor der Synagoge in Gelsenkirchen gibt, dann muss uns das nicht nur zu denken geben, sondern dann müssen wir handeln. Und zwar konsequent und entschlossen! Ich bin zutiefst entsetzt darüber, dass Jüd*innen bei uns in wachsender Sorge und Angst leben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Nicht einen Millimeter! Auch im Landtag waren die antisemitischen Vorfälle in NRW Thema einer Aktuellen Stunde im Mai. In Anwesenheit von Vertreter*innen der jüdischen Landesverbände verurteilte der Landtag geschlossen die Vorfälle und setzte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit.

Studierenden endlich eine Perspektive bieten

Bald endet für Studierende das dritte Online-Semester – und keiner weiß so genau, in welcher Form das kommende Wintersemester 2021/2022 stattfinden wird. Die Landesregierung lässt die Studierenden nun schon seit über einem Jahr im Stich und bietet auch jetzt keine konkreten Handlungspläne, um ihre Situation zu verbessern. Und das, obwohl sich viele von ihnen aufgrund von finanziellen und sozialen Probleme in einer echten Notlage befinden. Wir fordern deshalb flächendeckende Hilfsangebote für Studierende in NRW. Dazu gehören die Schaffung finanzieller und psychologischer Beratungsangebote, ein erleichterter Zugang zu BAföG und die Übernahme der KfW-Kredite. Zudem brauchen wir ein Impfkonzept für die Hochschulen, um Studierenden und Lehrenden endlich eine Perspektive für ein Wintersemester in Präsenz bieten zu können!

Hochschulen müssen nach so langer Zeit des Wartens zur Priorität in diesem Land werden und Studierende dürfen nicht länger vergessen werden.

Antrag „Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren“: bit.ly/3jzil21
Kompaktinfo „Studieren in Zeiten von Corona“: bit.ly/36d23tb

Unfairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen der Tedi-Logistiktochter DLG

In Dortmund-Brackel gibt es das große Zentrallager von TeDi und deren Logistiktochter DLG. Noch! Ich schreibe „noch“, da ein neues Zentrallager in Kamen geplant wird. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen für die Dortmunder Belegschaft und den Standort in unserer Stadt.
Eine der größten Herausforderungen sind die ungewissen Aussagen der Geschäftsführung über den aktuellen Sachstand. Zunächst wurde vermutet, dass das neue Lager durch die Mitarbeiter*innen aus Dortmund betrieben werden soll. Nun verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es durch eine Drittfirma betrieben wird; daher ist sowohl die Zukunft des Standortes als auch die der 280 Mitarbeitenden ungewiss. Daher setzt sich der Betriebsrat laut und entschlossen für die Arbeitnehmer*innen ein und erhält eine große Unterstützung durch ver.di.

Seit Anfang Januar werden bereits Stellen abgebaut und nicht wieder neu besetzt. Auszubildende werden nicht übernommen. Es ist außerdem unverständlich, wieso TeDi die Auftragslage verschärft, indem die eigenen Beschäftigten in den Kurzurlaub geschickt werden, jedoch gleichzeitig eine Drittfirma für den Warenumschlag beauftragt wird. Wie sollen auf diese Art Arbeitsplätze und Beschäftigungen erhalten bleiben?
Um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen, habe ich mich mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders, Sabine Poschmann und Volkan Baran mit dem Betriebsrat, ver.di und den Malocher*Innen vor Ort getroffen. Der Betriebsratsvorsitzende berichtete von den abgebrochenen Sozialplanverhandlungen und den halbherzigen Aussagen des Unternehmens über das weitere Vorgehen. Die großen Existenzängste, die die Beschäftigen gerade erleben, sind ständige Begleiter und machen die Menschen krank. Diese Sonderbelastung ist nicht länger hinnehmbar.
Wir SPD-Abgeordneten suchen nun das Gespräch mit der Geschäftsführung von TeDi und DLG. Im Moment scheitert dies noch an der Terminfindung. Bisher haben wir noch keine Antwort der Geschäftsführungen auf unser Gesprächsangebot. Aber wir sind ganz zuversichtlich, dass wir das noch hinbekommen. Muss doch im Interesse der Beschäftigten möglich sein, oder?

Gesunde Krankenhäuser für NRW

Der Privatisierungswahn im Gesundheitswesen führte in den letzten Jahren zu immer prekäreren Zuständen in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen. Das muss sich ändern! Die „Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!“ setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, barrierefreie Patient*Innenversorgung und eine bessere Finanzierung ein. Die AfA NRW unterstützt die Volksinitiative, die zur Zeit Unterschriften sammelt, um ihre Initiative in den Landtag einbringen zu können.
Auch ich unterstütze das Bündnis, wann immer es geht und bin dabei, wenn in Dortmund die notwendigen Unterschriften gesammelt werden.
Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn auch Ihr diese Initiative mit einer Unterschrift unterstützt.

Informationen und Termine: www.gesunde-krankenhaueser-nrw.de

Am Tag der Nachbarn bei der Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv zu Besuch

Es ist bemerkenswert, was dieser kleine Verein in einem Jahr auf die Beine gestellt hat, um in Marten einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und lebendige Nachbarschaft zu leisten. Am Tag der Nachbarn habe ich deshalb die Nachbarschaftshilfe „Marten aktiv“ e.V. besucht.
Hier wird aktive Nachbarschaftshilfe gelebt. Sei es mit der Einkaufshilfe für Senior*innen und kranke Menschen oder bei der Buchung eines Termins im Testzentrum.
Solidarisch heißt für das Team um den Vorsitzenden Axel Wolff aber auch, Menschen in Notsituationen finanziell oder mit Sachleistungen zu unterstützen. Weil man eben zusammenhält im Stadtteil!
Und weil es in Marten viele arme Familien gibt, ist es dem Verein auch wichtig, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken und Bildungschancen zu verbessern. So wurden dank Spenden zuletzt zehn Notebooks angeschafft, die vor Ort zum Lernen genutzt werden kön-

nen. Eine Hausaufgaben- und Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die sich so etwas nicht leisten können, ist ebenfalls geplant.

Die Vision eines Sportparks für Marten darf nicht nur Traum bleiben

Der SV Arminia Marten hat großes vor. Er will nicht nur einfach die Sportanlage sanieren – Schulsport ist hier mittlerweile seit einem Jahr schon nicht mehr möglich – sondern einen Sportpark schaffen, der dem gesamten Stadtteil zu Gute kommt. Wo Breitensport von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen betrieben werden kann. Gerade in einem sozial benachteiligten Stadtteil wie Marten sind Bewegungs- und Sportangebote besonders wichtig, um die gesundheitliche Prävention von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei will Arminia andere Kooperationspartner wie die Schulen, Kitas und die Jugendfreizeitstätte vor Ort, andere Vereine und studentische Sportgruppen einbinden.

Darüber berichtete mir Arminia-Geschäftsführer Dr. Manfred Kesper bei meinem Besuch auf der Vereinsanlage. Leider war der Verein bei der Akquirierung von Fördermitteln für dieses Projekt noch nicht erfolgreich. Wie auch? Profitieren doch in erster Linie Vereine in CDU-dominierten Gebieten von dem Landesförderprogramm Moderne Sportstätten 2022. Und dazu zählen Stadtteile, in denen Armut spürbar ist, nicht zu. Das wollen wir ändern und alle, die etwas beeinflussen können, an einen Tisch holen. Für ein so tolles Projekt setze ich mich natürlich ein!

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Butschkau unterwegs

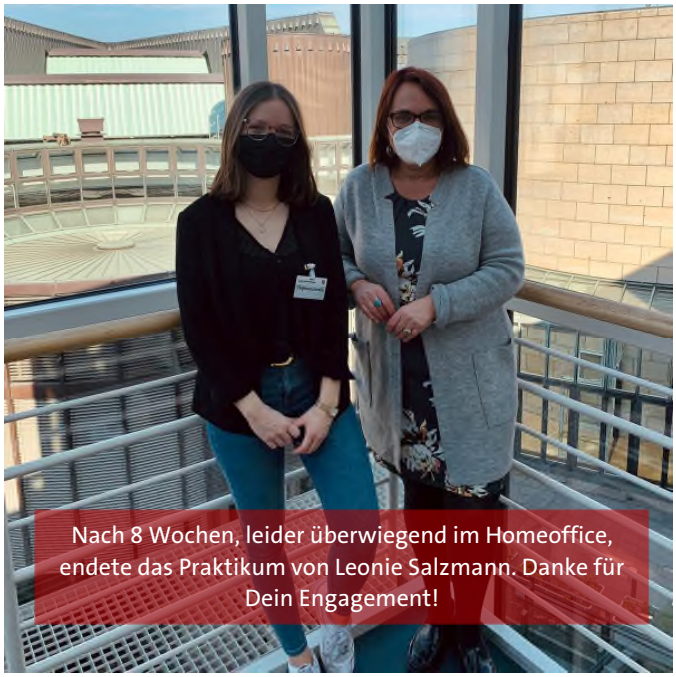
Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Das Motto der AfA NRW prangte am 1. Mai von meinem Wahlkreisbüro.

Europatag 2021: Die European Rainbow Flag als Zeichen für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Forderung der AfA NRW zum 1. Mai: 12 Euro mindestens!

100 Prozent Unterstützung durch jeden SPD-Stadtbezirke meines Wahlkreises. Danke!



Nach 8 Wochen, leider überwiegend im Homeoffice, endete das Praktikum von Leonie Salzmann. Danke für Dein Engagement!

Tag der Arbeit in Dortmund unter Corona- Bedingungen.

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Mit den SPD-Ortsvereinen Barop und Hörde-Nord im Auftrag von Thomas Kutschaty unterwegs: Aktion „100.000 Kontakte“.

Am 18. April gedachte auch der Landtag den vielen Tausend Corona-Toten.

Rote Karte für die Gesundheitspolitik. Protestdemo vor dem Landtag.

Besuch des Dortmunder Impfzentrums auf Phoenix-West.

Am 5. Juni war Tag der Organspende. Habt Ihr auch einen?